
DIE LINKE.

Ausgabe I / 2011

Wanlo 21 – So funktioniert Demokratie!

Es ist vollbracht! Die Bürgerinnen und Bürger von Wanlo haben verhindert, dass in ihrem Ortsteil, zusätzlich zu all den anderen bereits existierenden Belastungen, auch noch die einer Methangasanlage – früher Biogasanlage – hinzukommen. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Erfolg!



Führende Personen aus Politik und Industrie Mönchengladbachs haben hier ein Lehrstück erfahren dürfen, wie es im Buche steht. Die Unterrichtsreihe trug den Titel: „Was ist Demokratie und wie funktioniert das?“ Schon seit langem war bei einigen in Vergessenheit geraten, dass das Wort Demokratie aus dem griechischen stammt und Herrschaft des Volkes bedeutet (demos=Volk / kratia=Herrschaft). Dies wurde ihnen nun anschaulich in Erinnerung gerufen und erneut beigebracht.

So sollte das schöne Subventionsabschöpfungsprojekt Methangasanlage gegen den Willen der Einwohnerinnen und Einwohner von Wanlo in deren Ortsteil gepflanzt und ihnen auch noch als Bereicherung verkauft werden – dachte man sich! Doch war es den Protagonisten offensichtlich entgangen,

dass die Zeit der einsamen Herrscher an der Spitze, die die Geschichte aller lenken und dabei ungestört schalten und walten können, längst vorbei ist. Die Bürgerinnen und Bürger bestehen heutzutage zu Recht darauf mit zu entscheiden, was in ihrer unmittelbaren Nähe geschieht.

Daher gründete sich in Wanlo eine Bürgerinitiative, die fest entschlossen war, dieses Projekt zu verhindern. Die Mitglieder eigneten sich ein immenses Wissen an und investierten unglaublich viel Zeit. Sie analysierten jedes ihnen vorgelegte Dokument und widerlegten die darin enthaltenen Argumente pro Anlage mit einem fachlichen Hintergrund, der sich sehen lassen konnte. Sie demonstrierten und protestierten bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit ungewöhnlicher Kreativität und planten auch unermüdlich immer wieder die nächsten Schritte. Ein Plan B war dabei zu jederzeit jeweils ausgearbeitet. Der Chef eines jeden Unternehmens würde sich solche engagierten und motivierten Mitarbeiter wünschen. Nicht so die Befürworter der Methangananlage, die sich verhielten, als seien sie betriebsblind. Unendlich selbstsicher, wie sie waren, wollten sie „ihr Ding“ durchziehen und merkten dabei nicht, dass sie mit dem Kopf durch eine viel zu dicke Wand wollten – denn diese Wand hielt!

Was Stuttgart 21 im Großen ist, ist Wanlo 21 im Kleinen, aber mit großem Erfolg! Die Bürgerinnen und Bürger werden zu Spezialisten beim

Engagement für ihre Rechte und wachsen dabei kräftemäßig über sich selbst hinaus. Auf diesem Wege führen sie Politikerinnen und Politiker der alten Basta-Sorte vor und weisen sie in ihre Schranken.

Wir können da nur sagen: Weiter so, solche engagierten und motivierten Bürgerinnen und Bürger braucht diese Stadt, braucht dieses Land! So funktioniert Demokratie und nicht anders!

Kommentar von Sabine Cremer (Kreissprecherin, Umweltausschuss) und Martin Selt (Bezirksvertreter West, Planungs- und Bauausschuss)

Das HDZ kommt! Auswirkungen absehbar

Die im Stadtrat vertretenden Parteien haben, abgesehen der Mandatsträger der linksfraktion, für die Errichtung des HDZ (Handels- und Dienstleistungszentrum) an der Hindenburgstr. gestimmt. Selbst die Grünen, die 2006 noch gegen das Projekt gestimmt hatten, tragen die Errichtung im Rahmen der Ampelkooperation nun mit. Die städtischen Grundstücke, um die es dabei geht, sind seit dem 23.03.2011 im Besitz des Essener Investors, um die "Mönchengladbacher Arcaden" zu realisieren.

Die Folgen der Errichtung der „Arcaden“ sind jetzt schon absehbar. Obwohl die Kosten des Baus selber von den Essener Investor mfi übernommen werden, hat die Stadt die Kosten der Infrastruktur zu tragen. Schon jetzt laufen verschiedene Straßenbauprojekte, um das Kon-

zept aufgehen zu lassen. Viel Geld wird wieder in Beton und Teer investiert, obwohl die Haushaltslage der Stadt mehr als brisant ist und obwohl es hierbei ausschließlich um ein reines Prestigeobjekt handeln wird – ein wirtschaftlicher Aufschwung des Einzelhandels im Stadtzentrum ist nicht absehbar – und wenn, dann mit enormen Folgen für die anderen Bezirke der Stadt.

Ein Argument für den Bau der Arcaden ist der hohe Geschäftsleerstand in der Stadt. Vergessen wird jedoch, dass der Bau einer Einkaufspassage, die das HDZ nun mit einbezogen wird, nicht nur Außerstande war, das Problem zu lösen sondern selbst an einen enormen Leerstand leiden musste. Im Falle, dass das HDZ hochwertige Geschäftszweige anlockt - dem Einzelhandel auf der Hindenburgstraße wird der Todestoß verpasst, gerade jetzt wo sich dieser wieder langsam erholt.

Aber auch die anderen Bezirke werden durch den Bau benachteiligt. Gerade für die Rheydter BürgerInnen ist die Errichtung ein Schlag ins Gesicht. Jahrzehnte lang propagierten CDU und FDP ein bipolares Einkaufskonzept der Standorte Mönchengladbach und Rheydt, wonach ein Pendelverhalten der Konsumenten unterstellt worden war. An der Sinnhaftigkeit wurde bis zuletzt sogar in den eigenen politischen Reihen gezweifelt, was natürlich kein Mandatsträger eingestehen wollte. Zum einen wird kaum jemand zwischen den beiden Standorten hin-

und herpendeln, einzig um wirklich jedes Geschäft, in der Stadt „abzuklappern“, andererseits würde auch ein unüberwindbares logistisches Problem bei den ÖNVP - Betreibern entstehen, schaut mensch sich doch nur die überfüllten Buse zu den normalen Einkaufszeiten an. Wie soll denn in dieser Hinsicht ein einwandfreier Transport der Leute sichergestellt werden, wenn neben den ArbeitnehmerInnen auch noch, mit großen Einkaufstaschen beladene, Shoppinggänger auf freie Sitz- und Stehplätze an den Haltestellen warten.

Entsprechend wurde in den letzten Jahren die Bipolarität der beiden Bezirke aufgelöst – beginnend damit, dass kein Standort mehr über ein Alleinstellungsmerkmal durch den Einzelhandel verfügt. Die Geschäfte die nur in Rheydt existierten – existieren nun auch in Mönchengladbach und umgekehrt. Der nächste Schritt wird sein, dass drüber hinaus Mönchengladbach – Zentrum durch die Arcaden konkurrenzlos wieder ein Alleinstellungsmerkmal erhält. Der Einzelhandel in Rheydt wird ausgetrocknet – städtebaulich sinkt die Attraktivität von entsprechenden Projekten.

Doch auch der Einzelhandel in den Randbezirken wird betroffen sein. In der Konsequenz können sich die Menschen in der Stadt darauf einstellen, für ihre Konsumbedürfnisse lange Wege in die Innenstadt in Kauf zu nehmen. Der kurze Gang um die Ecke entfällt.

Hartz IV Reform

Im Februar hat der Bundestag nach monatelanger Verschleppung auf das Verfassungsgerichtsurteil vom Februar letzten Jahres reagiert und die Hartz IV Gesetze „reformiert“. DIE LINKE kritisiert den Kompromiss der Hartz IV Reform.

In den Verhandlungen ging es nur darum, zwischen der Bundesregierung und der SPD eine Win - Win Situation zu schaffen. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen musste nicht von ihrem 5-Euro-Vorschlag abweichen und die SPD steht durch die zusätzlichen 3 € ab 2012 nicht als Verlierer da. Aber dies Parteischarmützel geht völlig am Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vorbei und wird erneut einkassiert werden. Alles ein Spiel auf Zeit, dass die Betroffenen auszubaden haben.

Weder die Forderung des Gerichtes die Berechnung des Regelsatzes transparenter zu gestalten ist erfüllt worden, noch wurde der Regelsatz für Kinder erhöht. In beiden Fällen bleibt die Regelung willkürlich.

Die Erhöhung des Regelsatzes um 5 € war bereits vor dem Urteil beschlossene Sache und dann ist so lange hin und her gerechnet worden, bis man auf die 5 € kam. Dafür wurden z.B. Tabakwaren und Alkohol aus dem Regelsatz gestrichen und die Vergleichsgruppe vom den unteren 20% der Einkommensbezieher auf die unteren 15% geändert.

Die bisherige, jährliche Anpassung

zum 1. Juli an die Rentenentwicklung musste aufgrund des Bundesverfassungsgerichtes geändert werden. Zukünftig ist deswegen vorgesehen 70% entsprechend der Lebenshaltungskosten zu erhöhen und 30% entsprechend der Bruttolöhne. Nun lässt aber Frau von der Leyen die erste Anpassung im Juli 2011 ausfallen. Argumentiert wird, diese sei direkt auf den 1. Januar mit vorgezogen worden, und damit sind die 5 € eigentlich nur das, was im Juli eh fällig gewesen wäre!

Noch kritischer ist die Anpassungen beim Regelsatz der Kinder zu bewerten. Hier wurde das Schulbedarfspaket von 100 € im Jahr und die im Jahr aufsummierten 30 € für Klassenfahrten einfach in das Bildungs- und Teilhabepaket verschoben. Somit bleiben von den 250 € im Vergleich zur bisherigen Situation gerade 120 € mehr. Das sind also 10 € in Gutscheinen pro Monat für Museum oder Vereinsmitgliedschaften. Nur ein Sportgerät oder ein Musikinstrument ist damit noch nicht bezahlt.

Für DIE LINKE ist klar, dieser Kuhhandel hat nichts mit seriösem Ausrechnen für einen Regelsatz zu tun. Letztlich wurden nur ein paar Zahlen verschoben, aber eine gesellschaftliche Teilhabe wird noch immer nicht gewährleistet. Jetzt drohen wieder Massenklagen vor den Sozialgerichten die den Steuerzahlern das Geld kostet, das den Betroffenen verwehrt wird.

Verkehrspolitik von vorgestern

Auf der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Süd legte die Stadtverwaltung einen Beschlusssentwurf vor, der bereits mit dem Fahrplanwechsel im Juni deutliche Verschlechterungen der Mobilität der Menschen in unserer Stadt mit sich bringt. Damit will man bereits in diesem Jahr 132.000 € einsparen. Allerdings ist das, so die Aussage der Vorlage, nicht ohne Angebotskürzungen möglich.

Diese Einsparungen werden, das wird zugegeben, keine direkten Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben, sie kommen überwiegend der NVV und der EWMG zugute, die Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt seien nicht bezifferbar.

Wie sehen die Einsparungen im einzelnen aus?

- 1) Die Buslinie 5 Von Waldhausen Sternstrasse über Hermges und Hardterbroich zum Hbf. wird an Samstagen eingestellt.
- 2) Die Buslinie 23 zum HQ wird in Zukunft nur noch stündlich fahren
- 3) An Samstagen wird die Blockabfahrt der Busse vom Hauptbahnhof Mönchengladbach und vom Marienplatz Rheydt um eine Stunde verlängert und zwar in der Zeit von 7.35 bis 8.35 Uhr.

Die Veränderung der Blockabfahrten hat zur Folge, dass in dieser Zeit die Taktzeiten von 20 auf 30 Minuten verlängert werden, also bei jeder der

Hartmut Wessels

Bezirksvertreter Süd

„DIE LINKE hat in allen politischen Gremien gegen die Einsparungen im ÖPNV gestimmt. Die Autovorrang Politik kommt uns viel teurer!“



betroffenen 16 Buslinien wird eine Fahrt eingespart und so die Mobilität vieler Menschen erheblich eingeschränkt.

In geradezu zynischer Weise heißt es in der Beratungsvorlage:

„Die geplanten Linienänderungen.... berücksichtigen die Belange der Schüler und Familien. Die Maßnahmen stellen jedoch in Teilen eine Kürzung des ÖPNV-Angebotes dar, wodurch sich auch der Bewegungsradius für Kinder und Familien ohne PKW geringfügig einschränkt. Die Angebotskürzungen beschränken sich auf Fahrten außerhalb der Schulzeiten, so dass die Qualität des Schülerverkehrs nicht eingeschränkt wird“.

Nach Ansicht der Verwaltung ist es kein Problem, wenn Menschen ohne PKW mit ohnehin eingeschränkter Mobilität weitere Einschränkungen hinnehmen müssen. Und das Mobilitätsbedürfnis von Schülern beschränkt sich in den Augen der Ver-

waltung auf Fahrten von und zur Schule.

Die Einsparung durch Einführung der Blockabfahrten am Samstagmorgen soll 45.000 € bringen. Eine Milchmädchenrechnung! Es ist nicht vorhersehbar, wie viele Menschen aufgrund der Fahrplanänderung wieder auf den PKW umsteigen, so dass es unter Umständen zu keiner Einsparung kommen wird.

All' dies ist die Fortsetzung einer seit Jahrzehnten in dieser Stadt betriebenen Autovorrangpolitik, die den Erfordernissen einer modernen, ökologisch-nachhaltigen Verkehrsplanung widerspricht.

Besonders befremdlich ist es, wenn aus der Fraktion der Grünen zwar deutliche Kritik an dieser Politik geäußert wird, gleichzeitig aber den Kürzungen zugestimmt wird. Wie passt das zu ihrem eigenen Anspruch, die „Ökologische Kraft“ in diesem Land zu sein?

Die Linke lehnt diese Politik ab. Wir wollen eine Verkehrspolitik, die die Mobilität der Menschen verbessert und die Belange der Umwelt und des Klimaschutzes berücksichtigt. Deshalb brauchen wir einen Ausbau des ÖPNV .

Notwendig ist eine Verkürzung der Taktzeiten insbesondere an Wochenenden und eine Verbesserung der Übergänge vom Bus- zum Bahnverkehr vor allem in den Abendzeiten. Wir brauchen Anreize zum Umstieg vom Individualverkehr zum ÖPNV.

Schulpolitik im Gespräch

Johannes Frommen, Mitglied im Schul- und Bildungsausschuss, spricht mit Angelika Hofmann von der Mönchengladbacher Initiative Gesamtschule (MIGS).

Frommen: Hallo Frau Hofmann. Vielen Dank für Ihre Bereitschaft, über die Arbeit der Gesamtschulinitiative Mönchengladbach zu berichten.

In Mönchengladbach ist der Zuspriech für die Gesamtschule ungebroschen. Die Hälfte eines Jahrgangs möchte auf die Gesamtschule. Warum ist die Gesamtschule bei den Eltern so beliebt?

Hofmann: Die Gesamtschule hält alle Wege zu Schulabschlüssen offen. Eltern müssen nicht schon für ihr zehnjähriges Kind entscheiden, was es einmal in der Schule erreichen kann. Für viele Eltern ist die Gesamtschule auch eine „Hoffnungsschule“ – auch aus meinem Kind kann noch was werden.

Frommen: Die sechste Gesamtschule wird zum kommenden Schuljahr

Johannes Frommen

Sachkundiger
Bürger im Schul-
und Bildungsausschuss und
Bezirksvertreter
Ost



„Wir werden uns für die Einrichtung weiterer Gesamtschulen einsetzen.“

eröffnet. Dennoch können 444 Kinder nicht berücksichtigt werden. Was sagen Sie als Initiative den Eltern?

Hofmann: In den letzten 30 Jahren hat sich in der Schulformfrage in Mönchengladbach und anderswo nur etwas bewegt, weil sich Eltern engagiert haben. Ohne das Engagement der Eltern z.B. in der MIGS hätten wir heute keine 6. Gesamtschule. Das hilft zugegebenermaßen den Eltern nicht, deren Kinder jetzt nicht aufgenommen wurden. Diese Eltern sollten darauf achten, dass ihr Kind an der Schule, an der es jetzt aufgenommen wird, einen guten Start hat. Auch an diesen Schulen wird ihr Kind etwas lernen und dann kommt es nach der Klasse 10 eben in die Oberstufe einer Gesamtschule.

Frommen: Also gibt es noch Bedarf? Weitere Gesamtschulen wären notwendig? Sehen Sie Möglichkeiten in Mönchengladbach?

Hofmann: Die nächsten Schritte zu einem integrierten Schulangebot in Mönchengladbach müssen gut geplant sein. Wir brauchen für mindestens 50 % eines Jahrganges ein Angebot in einer Schule, die alle Kinder gemeinsam besuchen. Dabei sind verschiedene Schritte möglich. Wir wünschen uns, dass die Eltern im Anmeldeverfahren zu den Gesamtschulen einen Zweit- und Drittwunsch für eine Gesamtschule angeben können. Damit könnten Kapazitäten an bestehenden Gesamtschulen besser genutzt werden und Eltern, die sich z.B. in Mülfort

anmelden, würden nicht abgewiesen, sondern hätten die Chance, an einer anderen Gesamtschule aufgenommen zu werden.

Sicher muss in Mönchengladbach auch darauf geachtet werden, wie viele gymnasiale Oberstufen noch sinnvoll bedient werden können. Wir haben jetzt 15 Oberstufen an Gymnasien und Gesamtschulen und 6 Berufskollegs mit Ausbildungsangeboten, die auf ein Studium vorbereiten. Mit Nachdruck muss in Mönchengladbach die Frage geklärt werden, welche Rolle die Gemeinschaftsschule als integrierte Schule der SI bei der Deckung der Elternnachfrage nach längerer gemeinsamer Bildung übernehmen kann. Wenn hier für die Eltern gelebte Zusammenarbeit zwischen einer Gemeinschaftsschule und einer benachbarten Gesamtschule erkennbar ist, ist das auch eine Option, die ich mir vorstellen kann.

Frommen: Anschlussfrage: Wie sollte sich das Schulsystem denn insgesamt entwickeln?

Hofmann: Das von der letzten CDU / FDP Regierung eingeführte achtjährige Gymnasium koppelt das Gymnasium von den anderen Schulformen deutlich ab. Die CDU hat ihren Frieden mit der Gesamtschule gemacht. Auch wenn wir uns das nicht wünschen, läuft in NRW alles auf eine Zweigliedrigkeit hinaus. Wenn dies so kommt, wird es wichtig sein, dass sich beide Schulformen den Aufgaben stellen, die vor uns liegen: bessere Chancen für Kinder mit Mi-

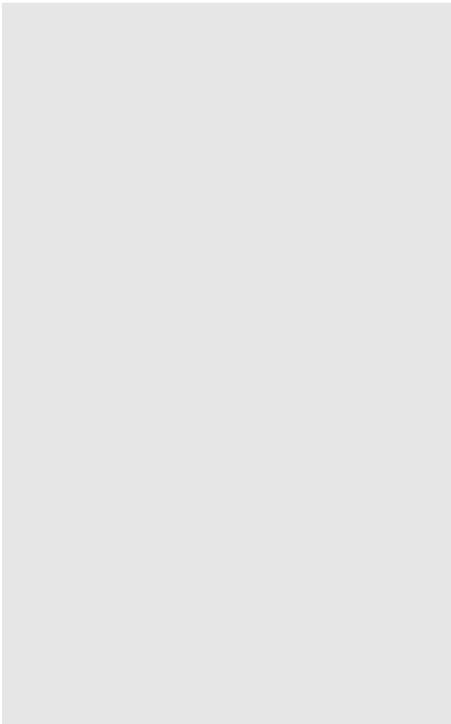
grationshintergrund, Einbeziehung von Kindern mit Beeinträchtigungen und Behinderungen. Wenn dann noch jede Schule verpflichtet ist, die Kinder, die sie in Klasse 5 aufnimmt, auch bis zur Klasse 10 zu fördern, dann wird sich die Schule auch von Innen in unserem Sinne verändern.

Frommen: Herzlichen Dank für dieses Gespräch.

Klarer Trend gegen Hauptschule

Die von der Stadt vorgestellten Anmeldezahlen für die weiterführenden Schulen kommentiert Johannes Frommen wie folgt: „Ein klarer Trend gegen die Hauptschule ist zu verzeichnen. Es gibt nur noch 327 Anmeldungen im zweiten Anmeldezug.“

Dies seien 44 Anmeldungen weniger, als noch im Vorjahr. Auch bei Realschulen und Gymnasien seien die Anmeldezahlen rückläufig. „Für die Eltern scheint die Gesamtschule eine Alternative zu sein. 1.198 Eltern wählten für Ihre Kinder diese Schulform.“ Das nur 754 Schüler/innen berücksichtigt werden konnten, bedauerte der schulpolitische Sprecher der Partei DIE LINKE.



Impressum / V.i.S.d.P.:

DIE LINKE. MG / Torben Schultz
Hauptstraße 2
41236 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 9 79 22 43

Fax: 0 21 66 / 9 79 22 42

E-Mail: buero@die-linke-mg.de

Web: www.die-linke-mg.de

BürgerInnensprechstunde:

Jeden Montag von 18:00 – 19:00 Uhr führt die Fraktion der Partei DIE LINKE. im Rat der Stadt Mönchengladbach in ihrem Büro Hauptstraße 2 (Fußgängerzone Rheydt) eine BürgerInnensprechstunde durch.

Durchgeführt wird die Sprechstunde jeweils von einem Mitglied im Rat der Stadt oder der Bezirksvertretungen. Es besteht auch die Möglichkeit, sich telefonisch mit seinen Fragen oder seinem Thema anzumelden. Telefon: 02166-9792249.